

# ***Nah am Menschen, stark im Wandel***



1. Ordentlicher Länderrat 2026  
Sassnitz, 28. Juni 2026

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 28.06.2026  
Tagesordnungspunkt: W Nah am Menschen, stark im Wandel

## **Antragstext**

1 Deutschland im Sommer 2026: Ein erschöpftes, gereiztes, Orientierung suchendes  
2 Land geht in die Sommerferien. Ein Land, das nach Halt sucht, sich Sorgen um den  
3 Zusammenhalt macht. Viele haben das Gefühl, dass die Gemeinschaft  
4 auseinanderdriftet, dass nicht mehr selbstverständlich ist, was uns lange  
5 getragen hat. Gleichzeitig kommen viele Menschen zusammen, um gemeinsam etwas zu  
6 schaffen, sei es im Job, in Vereinen oder in der Nachbarschaft. Menschen  
7 arbeiten gemeinsam an Projekten, unterstützen sich im Alltag oder schauen  
8 einfach gemeinsam Fußball. Sie investieren, allen politischen Fehlentscheidungen  
9 zum Trotz, in die Transformation, beweisen Risikobereitschaft und übernehmen  
10 Verantwortung.

11 Es ist keine normale Zeit, kein normales Jahr, kein normaler Sommer. Es ist der  
12 Sommer, in dem sich Demokrat\*innen darüber bewusst werden müssen, was es zu  
13 bewahren, was es zu erkämpfen gilt. Es ist der Sommer, in dem sie alle  
14 Überzeugung, alle Kraft, alle Kreativität, alle Entschlossenheit mobilisieren  
15 müssen. In Sachsen-Anhalt steht die Frage im Raum, ob erstmals seit 1945 eine  
16 Partei in der Traditionslinie der Nationalsozialisten, eine  
17 verfassungsfeindliche Partei, nicht nur Diskursmacht erhält, sondern auch  
18 Regierungsmacht übertragen bekommt. Dieses Szenario ist den Umfragen zufolge  
19 weder ausgemacht noch ausgeschlossen. Es kann aber auch ganz anders kommen.

20 Für Resignation, für Fatalismus und Trägheit gibt es keinen Anlass, ganz im  
21 Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Einsatz lohnt und dass er  
22 wirkt. Als Demokrat\*innen gehen wir selbstbewusst und mit geradem Rücken und  
23 skizzieren, was sich alles erreichen lässt. Wir wollen das Versprechen erneuern,  
24 dass Veränderung Verbesserung bedeuten kann. Hoffnung ist keine naive Haltung,  
25 Hoffnung ist eine politische Praxis. Hoffnung heißt nicht: „Alles wird gut.“  
26 Hoffnung heißt: Es ist noch nicht entschieden und Handeln ändert etwas.

27 In dieser Zeit braucht es eine Bundesregierung, die das Land stabilisiert, die  
28 Halt und Orientierung gibt und die Hoffnung und Zuversicht stiftet. Die  
29 Verunsicherung ist real. Und sie hat handfeste Gründe. Viele Menschen sorgen  
30 sich vor einer Ausweitung des Krieges in Europa. Diese Sorge nehmen wir ernst,  
31 und wir geben darauf eine klare Antwort: Sicherheit entsteht nicht durch  
32 Beschwichtigung, sondern durch verantwortungsvolle Stärke. Wir stehen  
33 solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und aller Menschen, die  
34 unter kriegerischen Konflikten leiden. Wir wissen, dass Deutschlands Sicherheit  
35 in einem geeinten, handlungsfähigen Europa, das sich klar zur Unterstützung der  
36 Verteidigung der Ukraine verpflichtet, am besten aufgehoben ist. Europäische

37 Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck, sondern unser stärkster Schutz gegen  
38 Aggressoren von außen und gegen das Chaos, das Trump in die Welt bringt.

39 Sicherheit heißt für uns auch Sicherheit vor wirtschaftlichem Abstieg,  
40 Sicherheit in der Energieversorgung, ein verlässlicher Sozialstaat. Für nicht  
41 wenige ist allein durch gestiegene Sprit- und Kerosinkosten der lange geplante  
42 Urlaub nicht drin oder wird eingeschränkt. Die Unsicherheit, was im Herbst, im  
43 Winter oder im nächsten Jahr an zusätzlichen Belastungen kommen mag, ist groß.  
44 Unsere Volkswirtschaft in einer andauernden strukturellen Krise, die Sorge um  
45 wirtschaftlichen und in der Folge auch persönlichen Abstieg treibt die Menschen  
46 um.

47 Wir stehen vor zentralen Weggabelungen: Lernen wir aus den Fehlern der  
48 Vergangenheit und lösen wir uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas? Oder machen  
49 wir das Gegenteil, schlicht der Ideologie halber oder als Kniefall vor dem  
50 fossilen Lobbyismus? Gibt es noch Entlastung für die besonders unter den Preisen  
51 leidenden Menschen? Oder landen die mühsam zusammengesuchten Steuergelder am  
52 Ende doch zu relevantem Anteil bei den Mineralölkonzernen und nicht in den  
53 Portemonnaies der Bürger\*innen? Erneuert die Politik das Versprechen, dass das  
54 Leben für die Menschen funktioniert, dass der Alltag bezahlbar ist

55 dass der Staat seinen Aufgaben nachkommt und jede und jeder den gleichen Zugang  
56 zu seinen Angeboten und Institutionen hat? Oder bleibt der zeitnahe  
57 Facharzttermin ein Privileg für Besserverdienende, die Kita-Betreuung vor Ort  
58 ein Glücksspiel, die Mobilität ohne kostengünstiges 9-Euro-Ticket weiterhin eine  
59 Frage des Geldbeutels und der Fahrplan eine grobe Orientierung?

60 Die Bundesregierung setzt der Verunsicherung leider wenig entgegen, sondern  
61 befeuert sie durch ständigen Streit. Tatkraft und Lösungskompetenz,  
62 Kompromissfähigkeit und Weitsicht fehlen. Die Koalitionspartner haben sich  
63 ineinander verhakt, sind von inneren Kämpfen ermattet, bewegungsunfähig, nervös  
64 und kraftlos. Das Einzige, worauf sich Union und SPD verlässlich verständigen  
65 können, sind Rückschritte im Klimaschutz – auch auf Kosten unserer Sicherheit  
66 und des Geldbeutels der Bürger\*innen.

67 Wenn der Bundeskanzler über Mathematik und Demografie spricht, hören viele  
68 Menschen: Kälte. Härte. Kahlschlag. Kein Wunder, dass Gewerkschaften und  
69 Sozialverbände gegen den drohenden Abbau sozialer Rechte und sozialer Standards  
70 Sturm laufen. Denn das, was von der Regierung in diesen Tagen als Reform  
71 präsentiert wird, führt in Wahrheit nur dazu, dass das Leben sehr vieler  
72 Menschen schlechter und schwerer wird. Deshalb gilt unsere Solidarität den  
73 Familien und Arbeitnehmer\*innen und all denen, die sich für sie einsetzen.

74 Es braucht eine klare Perspektive, wofür es sich zu kämpfen lohnt, was erreicht  
75 werden kann, wenn alle mitmachen. Eine Perspektive, dass die Belastungen gerecht  
76 ausgestaltet und fair verteilt und eben nicht einseitig bei denen abgeladen  
77 werden, die sich am wenigsten wehren können. Diese Perspektive, dieser Aufbruch  
78 fehlt. So kann man ein Land in der Krise nicht regieren, so kann man es nicht  
79 aus der Krise führen. Das Ergebnis ist eine lange nicht dagewesene Verhärtung

80 der politischen Debatten, innerhalb der Koalition, zwischen den Sozialpartnern  
81 und in der Gesellschaft.

82 Während die Regierung aktuell nur Privilegien und Reichtum schützt, selbst aber  
83 keine Reformen schafft, sind wir bereit, gerecht zu reformieren, zu hinterfragen  
84 und haben Lust darauf, Neues zu gestalten. Wir sehen die Zukunft nicht nur als  
85 Risiko, sondern vor allem als große Chance. Deshalb wollen wir diese Zuversicht  
86 raubende Dynamik des schwarz-roten Regierungsalltags durchbrechen und ihr einen  
87 hoffnungsstiftenden Zukunftsmut entgegensetzen. Bei den nötigen Reformen geht es  
88 darum, den Sozialstaat zu erhalten und an den Stellen, an denen er heute noch  
89 nicht ausreichend Schutz für die Menschen bietet, zu stärken, und nicht  
90 abzubauen. Bei den Belastungen heißt das, zuerst bei denen anzusetzen, die sie  
91 am ehesten schultern können – und nicht bei denen, die ohnehin kaum noch über  
92 die Runden kommen. Es heißt, Privilegien und Reichtum nicht unangetastet zu  
93 lassen, während alle anderen den Gürtel enger schnallen sollen.

94 Dabei ist für uns klar, dass historische Errungenschaften der  
95 Arbeiter\*innenbewegung wie beispielsweise der gesetzliche Kündigungsschutz oder  
96 die gesetzliche Tageshöchst Arbeitszeit erhalten bleiben müssen, auch wenn wir  
97 Beschäftigten ermöglichen wollen, bei der Erbringung ihrer Arbeitszeit in  
98 Absprache mit ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern individuelle und flexible  
99 Modelle festzulegen. Gerechte Reformen bedeuten, dort anzusetzen, wo Vermögen  
100 seit Jahren wachsen und nicht da, wo arbeitende Menschen immer stärker unter  
101 Druck stehen.

## 102 **Volle Kraft voraus**

103 Mit dem Rückenwind aus dem Frühjahr gehen wir voller Motivation in die  
104 anstehenden Wahlkämpfe. In Hannover und Lüneburg wollen wir die Rathäuser  
105 verteidigen. In Berlin wollen wir das Rote Rathaus gewinnen. Unser Einsatz bei  
106 den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet  
107 nicht nur darüber, wie viele Prozente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils erreichen  
108 wird – sondern ob überhaupt noch eine stabile Regierung unter Demokrat\*innen in  
109 Magdeburg und Schwerin gebildet werden kann. Dieser Verantwortung und politische  
110 Tragweite, die weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns  
111 hinausreicht, sind wir uns bewusst. Wir glauben fest an den Wiedereinzug in  
112 beide Landtage. Wir geben dafür heute ein klares Versprechen: Diese Wahlen sind  
113 nicht die Wahlen der beiden Landesverbände allein. Es sind unsere Wahlen.

114 Wir erleben eine Gesellschaft, der nicht egal ist, in welchem Land wir leben.  
115 Die unzähligen kleinen und großen Demonstrationen nach dem Treffen  
116 Rechtsextremer in Potsdam 2024 oder der gemeinsamen Abstimmung der Union mit  
117 Rechtsaußen im Bundestag 2025 haben gezeigt, dass das Land Haltung beweist. Wir  
118 wollen diese Kraft der Zivilgesellschaft stärken und den Menschen ein Angebot  
119 machen für Demokratie und Freiheit und gegen Rechtsextremismus einzutreten. Wir  
120 erleben eine Partei, die so motiviert ist wie noch nie. Dutzende Kreisverbände  
121 und hunderte Einzelpersonen aus dem ganzen Land nehmen Urlaubstage, um im  
122 Wahlkampf zwischen Rügen und Saale-Unstrut mit anzupacken. Die  
123 Spendenbereitschaft ist enorm. Unsere Landesverbände sind hochmotiviert.

124 Wir bauen auf der Strukturarbeit auf, die im letzten Jahr eine neue Intensität  
125 und Dimension erlangt hat. Die Zahl der Kreisverbandspartnerschaften steigt  
126 kontinuierlich. Diente der erste Ostkongress im letzten Jahr zur kritischen  
127 Bestandsaufnahme und Analyse, zeigt der diesjährige Kongress erste Konsequenzen  
128 auf. Die Präsenz des Bundesverbands in den ostdeutschen Landesverbänden hat sich  
129 spürbar gesteigert, der neu eingerichtete Vorstandsbeirat tagt und berät zu  
130 grüner Kommunikation, Sichtbarkeit vor Ort und einer stärkeren Wirksamkeit  
131 grüner Politik. Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament haben neue  
132 Büros in Brandenburg und Thüringen eröffnet. Wir begrüßen es, wenn weitere  
133 Abgeordnete dem folgen und neue Formate der Wahlkreis-Arbeit erproben und z.B.  
134 Beratungs- oder Sprechstunden anbieten. Programmatik, Haltung und Kommunikation  
135 der Bundespartei haben sich gewandelt. Wir sind zunehmend vor Ort ansprechbar  
136 und stehen an der Seite der Menschen, die sich jeden Tag für die Demokratie und  
137 eine freie Gesellschaft einsetzen.

138 Mit diesem Beschluss setzen wir genau dort an. Wir werben bei den Wähler\*innen  
139 nicht nur dafür, die taktisch beste Wahl zu sein, um eine Machtübertragung an  
140 Rechtsextreme zu verhindern. Wir haben konkrete Vorschläge, die das Leben in  
141 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im ganzen Land verbessern,  
142 im Hier und Jetzt und für das Morgen.

143 Wir sind uns der unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen  
144 bewusst. Ja, es gibt strukturelle Unterschiede. Doch der Abbau der Unterschiede  
145 ist nicht nur eine Entwicklung für diese Region, er ist Herausforderung für  
146 Alle. Es geht darum, strukturelle Gerechtigkeitslücken zu schließen und neue  
147 Perspektiven zu schaffen.

#### 148 **Energie, die sich rechnet**

149 Saubere Energie ist nicht Verzicht, sondern der günstigste Weg zu bezahlbarem  
150 Strom, neuer Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen vor Ort. Wir sorgen dafür,  
151 dass die Kostenvorteile der günstigen Erneuerbaren endlich dort ankommen, wo die  
152 Energiewende gemacht wird – gerade in Ostdeutschland. Das ist gerecht: In den  
153 ostdeutschen Ländern decken die Erneuerbaren schon rund 75 Prozent der  
154 Stromversorgung – weit mehr als der Bundesschnitt von rund 56 Prozent. Mehr als  
155 ein Drittel der rund 30.000 Windenergieanlagen an Land stehen im Osten – pro  
156 Kopf dreimal so viele wie anderswo, beim Solarstrom fast doppelt so viel. Die  
157 ostdeutschen Länder sind Energieregionen und sollen es bleiben. Gleichzeitig  
158 gilt: Wer die Energiewende so trägt, soll zuerst von ihr profitieren. Als  
159 Bündnisgrüne haben wir die EEG-Beteiligung der Kommunen von 0,2 Cent je  
160 Kilowattstunde umgesetzt. Das bringt Geld für Schulen, Feuerwehr und Kitas.  
161 Jetzt braucht es Beteiligungsgesetze in allen Ländern – gut, dass es sie jetzt  
162 schon an vielen Stellen gibt. Vor Ort hat das spürbare Vorteile: von günstigeren  
163 Strompreisen bis zu Cash in die kommunalen Kassen.

164 Dafür setzen wir auf regionale Preissignale, dynamische Netzentgelte und Energy  
165 Sharing. Regionale Preissignale machen Wind- und Sonnenstrom dort günstig, wo  
166 die Anlagen stehen – effizienter, günstiger, mit direkter Teilhabe. Die genaue  
167 Zahl der Regionen bzw. auch ein langfristiger Übergang zu knotenscharfen Preisen  
168 (Nodal Pricing) ist dabei so zu gestalten, dass der Zuschnitt die Netze

169 entlastet, die Systemsicherheit und Stabilität stärkt, unsere industriellen  
170 Kerne erhält, neue Produktionen ermöglicht und den Markt liquide hält. Eine  
171 Aufteilung in nur zwei Gebotszonen lehnen wir klar ab: Anders als ein  
172 netzscharfer Zuschnitt folgt sie keiner Engpassgrenze, sondern einer politischen  
173 Linie – sie würde das Land spalten, ohne die Kostenvorteile für alle zu heben.  
174 Gleichzeitig steuern wir mit dynamischen Netzentgelten Flexibilität und  
175 netzdienliche Speicher marktwirtschaftlich. Wer Strom nutzt, wann und wo er  
176 entsteht, wird belohnt. Dafür starten wir eine Digitalisierungsoffensive für die  
177 Netze mit Standards für digitale Anschlussverfahren, transparenten Informationen  
178 und einem geordneten Verfahren zur Priorisierung knapper Anschlusskapazitäten.  
179 Individuelle Netzanschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreiber und  
180 Netznutzenden genauso wie die sogenannte Überbauung schaffen zusätzliche  
181 Kapazität, um bestehende Netze bestmöglich zu nutzen und Ausbau zu vermeiden.  
182 Mit Energy Sharing teilen Bürger\*innen, Genossenschaften und Betriebe selbst  
183 erzeugten Strom in der Nachbarschaft. Das ermöglichen wir endlich und machen es,  
184 wo netzdienlich, finanziell attraktiv und niedrigschwellig zugänglich.  
185 Erneuerbare-Energien-Anlagen, Batteriespeicher, Rechenzentren oder  
186 Industriebetriebe sollen nicht länger auf den Netzausbau warten müssen. Dafür  
187 synchronisieren wir Anschluss- und Ausbauplanung und beschleunigen Planungs- und  
188 Genehmigungsverfahren für Netze konsequent weiter.

189 Wir wollen ermöglichen und nicht abwürgen, wie es bei Umsetzung der aktuellen  
190 Vorschläge der Bundesregierung zum Netzengpassmanagement drohen würde. Wir  
191 wollen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, den kommunalen  
192 Akteuren sowie den Energiemarktakteuren verlässliche Regeln entwickelt, die die  
193 regionalen Unterschiede beim Stand der Energiewende und dem Netzausbau  
194 berücksichtigen. Auch die Verteilnetzplanung muss dafür verbindlicher werden.  
195 Wir müssen die Pflicht der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau erhalten,  
196 um die Energiewende nicht zu gefährden.

197 Mit Märkten, die die Realität im Netz abbilden, sorgen wir für grüne Energie aus  
198 der Region, für die Region. All das macht Strom günstiger, Heizen, Kühlen und  
199 Elektromobilität wird bezahlbarer. So verdrängen wir über eine schnellere  
200 Elektrifizierung Öl und Gas. Hierfür haben wir im vergangenen Herbst bereits  
201 umfassende Beschlüsse vorgelegt. Davon profitiert das ganze Land: weniger  
202 Netzengpässe und teure Noteingriffe, weniger neue Gas-Kraftwerke, ein stabiles  
203 Stromsystem auch in unruhigen Zeiten, die Systemkosten fallen für alle. Die  
204 wenigen Back-up-Kraftwerke, die wir für die Systemstabilität noch brauchen,  
205 laufen zu Beginn mit Gas, dann mit grünem Wasserstoff.

206  
207 Regionale Preissignale setzen Anreize zudem für die Produktion grünen  
208 Wasserstoffs, gerade dort, wo viel erneuerbare Energien vor Ort vorhanden sind.  
209 Wir wollen die Elektrolyse von Wasserstoff weiter anreizen, um die  
210 klimafreundliche Modernisierung von Industrieregionen wie dem Mitteldeutschen  
211 Chemiedreieck mit zigtausenden Industriearbeitsplätzen voranzutreiben und den  
212 Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Die Grundlage für künftige  
213 Erfolge haben wir bereits in der letzten bündnisgrünen Regierungsbeteiligung  
214 gelegt: Die längste umgewidmete und zusammenhängende Wasserstoffpipeline „Flow“

215 von Lubmin nach Bobbau, von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt, zeigt  
216 beispielhaft, wie mit der Umstellung fossiler Erdgasleitungen zur  
217 Wasserstoffpipeline gewachsene Strukturen in Industrieregionen zukunftsfest  
218 gemacht werden.

219

220 Wir brauchen den Wasserstoff auch für die geplanten Gaskraftwerke. Da der  
221 Kohleausstieg marktgetrieben schneller vorangeht, brauchen wir auch hier  
222 gesicherte Leistung. Es ist ein schwerer Fehler, dass die Kraftwerksstrategie  
223 von Katherina Reiche die Bedarfe der ostdeutschen Länder nicht berücksichtigt  
224 und keine Vorgaben für die Umstellung auf grünen Wasserstoff macht.

225 Gerade im Sommer gilt: Wer sein E-Auto mittags lädt, dem schickt die Sonne keine  
226 Rechnung. Mit dem Solarbonus geben wir 600 kostenlose Sonnenstunden an Haushalte  
227 und Betriebe weiter. Regionen mit über 100 Prozent erneuerbarer Erzeugung  
228 bekommen 300 Stunden extra. Wo Strom günstig und sauber ist, siedeln sich  
229 Rechenzentren, grüner Wasserstoff und neue Industrien an. Das bedeutet  
230 Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort. Gleichzeitig gilt: Kein  
231 bestehender Industriestandort wird schlechtergestellt; stromintensive Betriebe –  
232 egal wo – schützen wir vor Mehrkosten, etwa über einen Industriestrompreis  
233 finanziert mit den Effizienzgewinnen der Reform. So macht sich die Energiewende  
234 mit schwarzen Zahlen auf der Stromrechnung bezahlt – fair für die Regionen,  
235 günstiger für alle, stark für den Standort.

### 236 **Starke Wirtschaft durch Innovation**

237 Wir streiten für einen starken Wirtschaftsstandort. Dafür braucht es weniger  
238 Bürokratie, günstigere Energie, mehr Fachkräfte, gute Arbeitsbedingungen und  
239 ausreichend Investitionen in Infrastruktur. Aber die Schlüssel für eine  
240 zukunftsfähige Wirtschaft sind Forschung an neuen Technologien und die  
241 Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Neue Unternehmen mit modernen, nachhaltigen  
242 Technologien helfen auch dabei, strukturelle Unterschiede zwischen West- und  
243 Ostdeutschland abzubauen.

244 Grüne Wirtschaftspolitik dient den Menschen und vereint Innovation,  
245 Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit: regionale Wertschöpfung statt fragiler  
246 Abhängigkeiten, eigene Technologieführerschaft statt verlängerter Werkbank,  
247 nachhaltige Investitionen statt kurzsichtiger Profitorientierung.

248 Innovation entsteht im Mittelstand. Wir wollen Investitionen fördern, indem wir  
249 Gewinne, die in Forschungs-, Innovations-, oder Modernisierungsinvestitionen  
250 fließen, besserstellen als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns  
251 konsequent für den Mittelstandsfonds ein, der durch öffentliches und gehebeltes  
252 privates Kapital eine wichtige Lücke bei der Finanzierung von mittelständischen  
253 Investitionen schließen würde. Außerdem braucht der Mittelstand Fairness in der  
254 Unternehmensbesteuerung, die wir durch konsequente Besteuerung von  
255 multinationalen Konzernen erreichen wollen.

256 Innovation entsteht in Start-Ups. Wir wollen es Pensionskassen und  
257 Versicherungen ermöglichen, stärker in Venture-Capital-Fonds zu investieren und  
258 so Wachstumsfinanzierung für Start-Ups bereitzustellen. Damit ein europäisches

259 Start-Up künftig nicht 27-mal Recht, Steuern und Bürokratie neu anwenden muss,  
260 wenn es in Europa wachsen will, fordern wir eine schnelle Einführung einer neuen  
261 europäischen Rechtsform als sogenanntes 28. Regime.

262 Innovation entsteht in der Forschung. Es braucht eine gezielte Stärkung der  
263 Hochschulfinanzierung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich  
264 mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung  
265 investieren. Um Ausgründungen und IP-Transfers aus Hochschulen zu fördern,  
266 verschaffen wir den Start-Up-Factories einen Schub und stärken die EXIST-  
267 Hochschulförderung in der Breite.

#### 268 **Entlastung, die da ankommt, wo sie gebraucht wird**

269 Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden am meisten unter steigenden  
270 Preisen. Sie brauchen strukturelle Entlastung und das klare Zeichen, dass sich  
271 Mehrarbeit auch finanziell lohnt. Der Staat muss den arbeitenden Menschen ein  
272 armutsfestes Einkommen ermöglichen. Menschen müssen von ihren Löhnen leben  
273 können. Das ist nicht nur ein Gebot der grundlegenden Gerechtigkeit, sondern  
274 auch Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft und Motor der  
275 Binnennachfrage.

276 Wir wollen den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben. Das bedeutet für  
277 eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern eine Entlastung von rund 120 bis  
278 150 Euro im Jahr. Den Arbeitnehmerpauschbetrag wollen wir auf 1.500 Euro erhöhen  
279 und so auch für eine deutliche Bürokratieentlastung sorgen. Für sehr hohe  
280 Einkommen wollen wir eine neue Tarifstufe einführen. Ab einem zu versteuernden  
281 Einkommen von 120.000 Euro soll diese bei 45 Prozent starten und ab 250.000 Euro  
282 bei 48 Prozent liegen.

283 Um sowohl diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen als auch Unternehmen zu  
284 entlasten, müssen wir auch die Sozialabgaben angehen und ihren Anstieg bremsen.  
285 Die Bundesregierung hat zum Beispiel die Chance verpasst, die  
286 Krankenkassenbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken. Das hätte eine vierköpfige  
287 Familie mit mittlerem Einkommen um rund 800 Euro pro Jahr entlastet. Wir  
288 unterstützen jene Vorschläge der Kommission zur Modernisierung des Sozialstaats,  
289 die dazu führen, dass Sozialleistungen Menschen einfacher und verständlicher  
290 erreichen und die gleichzeitig Einsparpotenziale bieten. Entscheidend sind  
291 einheitliche Definitionen, Vereinfachung, Digitalisierung und Automatisierung.

292 Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von steigenden Preisen  
293 überdurchschnittlich betroffen. Sie brauchen unsere vorrangige Unterstützung.  
294 Die Anrechnungsregeln beim Unterhaltsvorschuss sollen so reformiert werden, dass  
295 künftig mindestens die Hälfte des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden  
296 ankommt. Das Ehegattensplitting soll für neue Ehen weiterentwickelt und der  
297 Splittingvorteil auf die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags begrenzt werden.  
298 Das eingesparte Geld soll durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des  
299 Kinderfreibetrags bei den Familien bleiben, wodurch gerade Familien mit geringem  
300 Einkommen profitieren. Um die Vereinbarkeit von Job, Haushalt und Betreuung zu  
301 erhöhen, führen wir ein Gutscheinmodell ein, mit dem Familien Zuschüsse für

302 haushaltsnahe Dienstleistungen erhalten. Außerdem wollen wir die steuerliche  
303 Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich erhöhen.

304 Angesichts der zweiten fossilen Energiepreiskrise in wenigen Jahren braucht es  
305 auch hier Entlastungen an der richtigen Stelle. Die Stromsteuer muss endlich für  
306 alle gesenkt werden, für Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen,  
307 nicht nur für die große Industrie. Das entlastet sofort und setzt gleichzeitig  
308 den richtigen Anreiz Richtung Elektrifizierung. Eine Senkung der Netzentgelte  
309 durch geringere Kosten beim Netzausbau und die Einführung eines  
310 Amortisationskontos, dass die Kosten über mehrere Generationen verteilt, würde  
311 die Menschen und Betriebe zusätzlich bei der monatlichen Stromrechnung  
312 entlasten.

313 Fast die Hälfte der Bürger\*innen hat keine 2.000 Euro an Rücklagen. Sie stehen  
314 bereits aufgrund einer kaputten Waschmaschine mit dem Rücken zur Wand. Wir  
315 wollen den Sparerpauschbetrag von 1.000 Euro auf 2.000 Euro erhöhen, den  
316 Zuschuss der Arbeitnehmer-Sparzulage fürs Fondssparen deutlich erhöhen und die  
317 private Altersvorsorge durch einen Bürgerfonds mit automatischer Teilnahme für  
318 alle bei Nichtwiderspruch stärken.

319 Damit diese Entlastungen finanziert werden können, müssen wir die existierenden,  
320 offensichtlichen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Bei der  
321 Erbschaftssteuer wollen wir die 300-Wohnungen-Regelung und die 26-Millionen-  
322 Regel abschaffen. Gewinne aus Krypto-Verkäufen müssen endlich besteuert werden.  
323 Digitalkonzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne ins Ausland verschieben können,  
324 sondern sollen künftig 10 Prozent Digitalsteuer auf Umsätze in Deutschland  
325 entrichten. Und ein stärkerer Einsatz gegen Finanzkriminalität versteht sich  
326 eigentlich von selbst. Der jährliche Schaden durch Steuerhinterziehung wird  
327 immerhin auf über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Darüber hinaus braucht  
328 es weitere Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere, um die  
329 Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland anzugehen.

### 330 **Bildung und Kultur vor Ort: Zukunftschancen für alle!**

331 Bildung ist die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft und unserer  
332 innovativen Wirtschaft. Bildung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Bei der  
333 Bildung zu kürzen, ist nicht nur eine soziale Bankrotterklärung, sondern wird  
334 unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig enorm schaden. Für uns ist klar: Jedes  
335 Kind hat den Anspruch auf gute Bildung .

336 Gerade in sehr ländlichen Regionen wird dieser Anspruch durch Schulschließungen,  
337 Unterrichtsausfälle und mangelnde Kinderbetreuung gefährdet. Es braucht mehr  
338 Investitionen in Bildungseinrichtungen vor Ort, etwa durch eine Ausweitung des  
339 Startchancen-Programms. Auch in sehr ländlichen Regionen sollte die nächste  
340 Kinderbetreuung idealerweise nicht weiter als 15 Minuten entfernt sein und  
341 örtliche Grundschulen erhalten bleiben.

342 Bibliotheken gehören zu den für alle zugänglichen Orte für Bildung und  
343 Begegnung. Sie unterstützen gerade dort, wo Kinder zu Hause weniger  
344 Möglichkeiten haben. Wir wollen, dass Bibliotheken flächendeckend erreichbar  
345 sind und ihre unabhängige Arbeit fortsetzen können.

346 Viele Projekte des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sorgen für  
347 Demokratiebildung und helfen, mit unterschiedlichen Ansichten und Meinungen  
348 umzugehen. Sie nehmen unsere Geschichte des Nationalsozialismus als  
349 immerwährende Verantwortung in den Blick und das Erbe der friedlich gebliebenen  
350 Revolution. Damit sind sie ein sehr wichtiger Ort von Bildung und Begegnung mit  
351 kompetenten Mitarbeitenden, die gerade auf dem Land im Osten Deutschlands  
352 erhalten bleiben müssen. Deshalb müssen das Bundesprogramm "Demokratie leben!"  
353 und weitere Demokratieförderprojekte erhalten und perspektivisch gestärkt werden.  
354 Auch die Förderrichtlinien müssen weiterhin klar erkennbare Schwerpunkte im  
355 Kampf gegen Rechtsextremismus aufweisen.

356 Kultur macht unser Zuhause aus. Gerade auf dem Dorf sind Kulturangebote oftmals,  
357 neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der kirchlichen Jugendarbeit, die einzigen  
358 Orte neben der Schule, die Anknüpfungspunkte für Gemeinschaft und Engagement  
359 sind. Ob Chor oder Tanz, Malen oder Blaskapelle - mit der Kulturstiftung des  
360 Bundes oder vom Bund unterstützten Programmen wie „Land lebt doch“ oder  
361 „Neulandgewinner“ können solche ländlichen Projekte immer wieder gut unterstützt  
362 werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sie künftig so ausgestattet sind, dass  
363 gute Projekte nicht am Geld scheitern, zumal in Ostdeutschland sehr viel weniger  
364 private Spenden oder Stiftungsgelder landen.

365 Öffentliche Räumlichkeiten an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie unabhängig  
366 ihrer finanziellen Situation Zugang haben, sich wohlfühlen und austauschen  
367 können, sind existenziell für die Demokratie und müssen daher unsere Priorität  
368 sein.

### 369 **Auf geht's!**

370 Deutschland im Herbst 2026, wie wird es aussehen? Die Wahlen im September können  
371 eine große Wirkung über die jeweiligen Länder hinaus haben. Gleichzeitig ist es  
372 nicht weniger entscheidend, wie der Rest des Landes, wie die Politik darauf  
373 reagiert. Es geht nicht allein darum, die Demokratie zu verteidigen - es geht  
374 darum, sie zu leben, sie als alltägliche Haltung, vor allem auch als Tätigkeit  
375 zu begreifen. Ihr Versprechen zu erneuern.

376 Wir lieben unsere Demokratie. Sie braucht aber jeden Tag die Bereitschaft, sich  
377 selbst zu hinterfragen, für Offenheit im Diskurs einzutreten und den Menschen im  
378 Gegenüber zu sehen. Das ist unser Bündnisgedanke: Den Menschen zuzuhören und  
379 Fragen zu stellen, anderen Meinungen Raum zu geben und gleichzeitig unsere  
380 Positionen deutlich zu machen und für Zustimmung werben.

381 Nein, Deutschland ist nicht pauschal veränderungsmüde. Die Menschen sind es  
382 nicht. Viele, sehr viele, sind - ganz im Gegenteil - erneuerungsbegierig. Sie  
383 wollen den Kern dessen erhalten, was ihre Heimat prägt: Tradition und  
384 Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Geborgenheit und Sicherheit. Und sie wissen, dass  
385 sich dafür Dinge wandeln müssen, dass wir einiges ändern müssen. Sie sind bereit  
386 für Erneuerung. Wir sind es auch.